

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

Februar 1983

Evangelische Verantwortung

Heft 2/1983

Aufruf des Evangelischen Arbeitskreises zur Bundestagswahl am 6. März 1983

Die Bundestagswahl vom 6. März 1983 entscheidet nach unserer Überzeugung auf Jahre hinaus über die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. Die Fragen, vor denen unser Volk heute steht, sind schon als Sachprobleme außerordentlich schwierig. Hinter ihnen verbergen sich aber zugleich ethische Grundsatzfragen, die tief in das reformatorische Staats- und Gesellschaftsverständnis eingreifen.

- In der Friedens- und Sicherheitspolitik geht es am 6. März 1983 um die Frage, ob wir unseren Kindern eine Welt schaffen wollen, die nicht in Überrüstung erstarrt und doch vor dem ungebrochenen Imperialismus der kommunistischen Ideologie sicher ist.
- In der Finanzpolitik geht es darum, ob wir die Kraft zu bescheidenerem Wohlstand und geringeren Staatsleistungen aufbringen, damit die nach uns kommende Generation die Chance ihres eigenen Wohlstandes und ihrer eigenen Gestaltung der Welt behält.
- In der Arbeitsmarktpolitik ist zu entscheiden, ob der neue Klassengegensatz zwischen den Arbeitslosen und den Besitzern von Arbeit durch eine bessere Wirtschaftspolitik und durch neue, solidarische Formen des Arbeitslebens aufgehoben werden kann.
- In der Gesellschaftspolitik kommt es darauf an, daß an die Stelle des bedingungslosen Glaubens an staatliche Normen und Leistungen so weit wie möglich wieder die Nächstenliebe freier und verantwortlicher Menschen treten kann.

Diese Entscheidungen sind ohne das Vertrauen und die tätige Mithilfe gerade der evangelischen Mitbürger nicht zu treffen und erst recht nicht zu verwirklichen.

Wir bitten daher die evangelischen Bürger:

Geben sie am 6. März 1983 der CDU/CSU ihre Stimme.

Die CDU/CSU steht für eine Zukunft des Friedens und der Solidarität in Freiheit.

Ethisch-religiöse Perspektiven polizeilichen Handelns

Roman Herzog

In einer Zeit, in der viele unserer Bürger, namentlich die jüngeren, „verunsichert“ sind, scheint es mir besonders wichtig, einige Grundpositionen darzustellen, auf denen polizeiliches Handeln seinen ethisch-religiösen Halt findet. Diese Verunsicherung bezieht sich auf die Lösung der großen existenziellen Fragen unserer Tage, die manchen, die sich im Besitz einer absoluten Wahrheit wähnen, „nicht konsensfähig“ erscheinen und die doch dringend der Kompromißfähigkeit aller bedürfen.

Polizei zwischen Baum und Borke?

Sie bezieht sich aber auch auf unseren Staat und seine Ordnung. Man ist nicht mehr durchgehend einig, was ihn fördert und zusammenhält. Wir beklagen ein zuweilen nebulöses Rechtsbewußtsein und eine mangelnde ethische Verankerung unserer Rechts- und Wertordnung in Teilen unserer Bevölkerung. Es wird von manchen schon verkannt, daß die Meinungsbildung und Entscheidung durch Mehrheitsbeschlüsse zu den wichtigen und unverzichtbaren Funktionsstrukturen einer Demokratie gehören. Es wird vom Widerstandsrecht gegen politische Entscheidungen gesprochen, es wird zum Teil hingegenommen, daß Gewalt gegen Sachen als „begrenzte Regelverletzung“ zum Mittel der politischen Auseinandersetzung gemacht wird, und ganz selbstverständlich wird davon ausgegangen, daß „gewaltfreie“ Demonstrationen immer zugleich auch schon rechtmäßig seien. Es wird der Eindruck erweckt, die Polizei auf der einen und die Demonstranten auf der anderen Seite handeln von gleichberechtigten und gleichwertigen Positionen aus.

Ehrliche Erleichterung führt bei der Berichterstattung über eine Großdemonstration, bei der z. B. 100 Polizeibeamte verletzt worden sind, die Feder, weil offenbar die Toleranz gegenüber der Gewalt und die

innere Bereitschaft, sie hinzunehmen, so groß geworden sind, daß auch eine Hundertschaft verletzter Polizeibeamter noch als quantité négligeable gilt. Von einigen Kanzeln wird die Wiederherstellung des Rechts durch die Polizei als eine der christlichen Moral widersprechende Maßnahme dargestellt. Rechtsbrecher vertrauen mit großer Selbstverständlichkeit darauf, daß der Rechtsstaat die Polizei nur defensiv einsetzt. „Der Respekt vor einer Hundertschaft Polizei ist oft geringer als vor einem Polizeihund, weil feststeht, daß dieser das Grundgesetz nicht gelesen hat“ (so sarkastisch Manfred Rommel).

Die Polizei in der Vielfalt ihres Handelns steht mitten im — ganz natürlichen — Spannungsfeld zwischen Gesellschaft und Staat, da, wo die Konflikte am sichtbarsten ausgetragen werden, sitzt sozusagen zwischen Baum und Borke. Auch sie ist zuweilen „verunsichert“, sucht und braucht ihre Bezugspunkte, wenn sie ihren Auftrag als Instrument unseres Staates richtig und gerecht erfüllen will.

Dieser Staat, der eine Friedenseinheit, Entscheidungseinheit und Machteinheit ist, stellt sich in seinen Zwecken als ein sittlicher Staat dar. Die Aufgaben und Funktionen, die er wahrzunehmen hat und wahrnimmt, sind nicht losgelöst von sittlichen Bezügen, sondern haben eine ethisch-christliche Fundierung.

Die ethische Begründung des Staates

Der Staat ist erdacht und geschaffen worden, um fundamentale menschliche Lebenszwecke zu verwirklichen und zu sichern: Frieden, Sicherheit des Lebens und des Rechts, Freiheit, Ermöglichung von Wohlfahrt und Kultur. Diese Zwecke machen das geistige Prinzip des Staates aus, begründen seine Ethik und Vernünftigkeit.

Auch seine staatliche Gewalt, sein nur ihm zustehendes Recht, innerhalb seines Gebietes Gewalt anzuwenden, ist ethisch und religiös vielfach begründet und gerechtfertigt worden (die aristotelische, die katholische, die protestantische, die demokratische, die liberale und die marxistische Rechtfertigung).

Aus der Gegensätzlichkeit ihrer Interessen ist unsere Gesellschaft freilich konfliktbeladen und daher einer Konfliktlösung, einer Friedensordnung, bedürftig. Diesem groben Menschen- und Gesellschaftsbild trägt unsere verfaßte Rechtsordnung Rechnung, indem sie den im letzten Halbjahrtausend gewonnenen Erkenntnissen und christlichen Überzeugungen folgt.

Unser Grundgesetz ist — wie es in der Präambel heißt — in der Verantwortung vor Gott und den Menschen geschaffen worden. Es erhebt die Achtung der Menschenwürde, die Selbstverantwortung des Menschen und seine persönliche Freiheit zum höchsten Prinzip und zum Schutzobjekt staatlichen Handelns, und beruht damit letztlich auf religiösen, sprich: christlichen Überzeugungen. Unser Strafrechtssystem ist die verfeinerte Umsetzung der christlichen Zehn Gebote und Ausdruck der Einsicht, „daß wir zwar dafür halten, daß der Mensch gerecht werde ohne Gesetzeswerke, allein durch den Glauben“ (Römer 3,28), aber auch, „daß kein Mensch so gerecht sei auf Erden, daß er nur Gutes tue und nicht sündige“ (Prediger 7,20).

Unsere demokratische Rechtsordnung ist eine freiheitliche Ordnung, in der der Staat Freiheit und Ordnung in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander schützt. Hier hat der Staat die Ordnung um der Freiheit seiner Bürger willen zu schützen, aber gleichzeitig ist sein Ordnungszweck durch die von ihm zu respektierende Freiheit der Bürger beschränkt.

Um das Recht des Stärkeren auszuschließen, den Schwächeren zu

schützen, räumt er keiner nicht-staatlichen Einrichtung das Recht auf Gewalt ein und muß er dem gesetzten Recht Geltung verschaffen. Wird es in Frage gestellt, so wird der Schwächere rechtlos. Niemand mehr als er braucht das Gesetz. Kann der Staat aber dem Recht nicht zur Geltung verhelfen, weil es ihm an Macht fehlt, da setzt Staatsverfall ein. Kann er die öffentliche Sicherheit gegen organisierte Rechtsbrecher nicht aufrechterhalten, dann zwingt er seine Bürger zur Selbsthilfe und schafft dadurch Rechtsunsicherheit und Staatsverachtung. Der Bürger hat als Äquivalent für seinen Gewaltverzicht einen moralischen Anspruch auf Rechtsverschaffung durch den Staat.

Polizei zwischen Legitimität und Legalität?

Nun darf natürlich nicht übersehen werden, daß das geltende Recht stets geronnene Politik und damit Irrtümern unterworfen ist. Es ist auch nicht zu übersehen, daß zwischen Legalität und Legitimität Spannungen entstehen können. Das Recht hat sich den sich fortentwickelnden Bedürfnissen unserer Gesellschaft anzupassen, wenn es seine Friedensfunktion bewahren soll. Aber der Streit um die Legitimität einer Norm und der aus ihr folgenden Maßnahme darf nur auf legale Weise ausgetragen werden. Wenn ein Gesetz nicht mehr zeitgemäß ist, „wenn Recht zum Unrecht wird“, wie ein AKW-Gegner-Slogan lautet, wird nicht „Widerstand zur Pflicht“. Da kann man sich nicht dagegen erheben, sondern muß es auf den dafür vorgesehenen Wegen zu ändern versuchen. Wer die Vorläufigkeit von Rechtssätzen anerkennt, wird weder die Ordnung um ihrer selbst willen durchsetzen, noch auf konkreten Gesetzesgehorsam verzichten, weil das eine wie das andere notwendig zum größeren Unrecht führt.

Unsere Polizei hat die Aufgabe, dem gesetzten Recht Geltung zu verschaffen. Sie übt das staatliche Gewaltmonopol in der Form des unmittelbaren Zwanges aus; sie ist insoweit natürlich unabstreitbar ein Symbol der Staatsmacht. Mit ihr demonstriert der Staat, daß es für

den Bürger nur ein tolerables Maß an Konfliktsaustragungsaktivität geben darf.

Die Polizei findet sich im Vollzug ihres Auftrages in einer sowohl ethisch als auch religiös wohlgegründeten Rolle als Friedenshüter.

Indem sie die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrecht erhält, gewährleistet sie eines „der natürlichsten und unabweisbaren Rechte der Menschen“, wie es in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 heißt, schützt sie das Recht auf Freiheit und Sicherheit der Person, garantiert sie die Freiheit vor Furcht (. . . *).

Grundlage des polizeilichen Handelns sind – und dürfen nur sein – die vom Staat sanktionierten Spielregeln: das Grundgesetz, die Gesetze, die Verordnungen. Die Gemeinschaft gibt sich diese Regeln, die Polizei setzt sie durch. Sie hat die Legalität zu beachten und nicht nach der Legitimität zu fragen. Sie kann in unserem Staate grundsätzlich davon ausgehen, daß die Gesetze legitimiert und sittlich fundiert sind.

Die Polizei darf für keine politische Gruppierung Partei ergreifen; sie ist ruhender Pol. Sie identifiziert sich nicht mit dem angegriffenen Phänomen, es sei denn, es handele sich um die Identifikation mit unserer Grundordnung und den Wertentscheidungen dieser Grundordnung. Das ist ihr Codex. Insoweit muß ihr auch Verfassungstreue vor Regierungstreue gehen.

Die Rolle der Polizei

Die Polizei macht keine Politik. Sie kann keine gesellschaftlichen Konflikte lösen. Sie kann und darf nicht aus politischen Gründen entscheiden, ob es opportun ist, dem Recht zur Geltung zu verhelfen oder nicht.

Aber kein Einsatz für offene Mißstände, ohne Sicherheit der Abhilfe! Dem Polizeibeamten weist sein Auftrag eine Rolle mit vielerlei Gesichtern und unterschiedlicher öffent-

licher und individueller Akzeptanz zu,

- die Rolle des Freundes und Helfers in der Gefahrenabwehr bei Unglücksfällen und Katastrophen, wo die Polizei häufig in der Rolle des ersten Helfenden auftritt, eine Rolle, die unumstritten ist und die volle Akzeptanz bei allen findet, (höchstens nicht bei Neugierigen)
- die Rolle des Beschützers im unmittelbaren Schutz der Bürger vor Unrecht und Gewalt,
- die Rolle des Strafverfolgers, der in die Rechte anderer Menschen eingreifen muß, um dem Gesetz Geltung zu verschaffen,
- die Rolle des Freiheitshüters, indem er die Ausübung der Grundrechte gewährleistet und die verfassungsmäßige Ordnung gegen rechtswidrige Angriffe schützt,
- die Rolle des Friedenstifters bei der unfriedlichen Austragung gesellschaftlicher Konflikte, wo er als Vertreter des staatlichen Machtpotentials dem Recht Geltung zu verschaffen hat.

In der letztgenannten Rolle ist der Polizeibeamte als Mensch und

Aus dem Inhalt

Ethisch-religiöse Perspektiven polizeilichen Handelns Roman Herzog	2
Aus unserer Arbeit	4/14
Ich bin ein Pietist Interview mit Horst Waffenschmidt	5
Kurz notiert	8
Hermann-Ehlers-Preis an Prof. Arnold Dannemann Laudatio von Bruno Heck	9
30 Jahre Evangelischer Arbeitskreis in Schleswig-Holstein Roman Herzog	11
Luthers Apfelbäumchen auch 1983! Friedrich Menke	12
Brief von Bundesminister Geißler an die Zivildienstleistenden	13
Zur Diskussion gestellt: Thesen zur „Erklärung“ des Moderamens des Reformierten Bundes Th. Lorenzmeier	15
Martin Luther Gerhard Rödding	15

*) Artikel 5 der europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte, Artikel 3 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, Roosevelt: die vier Freiheiten, 1942.

Bürger, der in unserer Zeit und unserer Gesellschaft lebt, ihre Nöte, Erwartungen und Lasten teilt, besonders dann im Innersten tangiert, wenn seine beruflichen Pflichten und seine politische Einstellung sich widersprechen. Nur mit der Einsicht in die sittlich-religiöse Verankerung unseres Rechts kann er Kernkraftgegner sein und zugleich seinen Auftrag erfüllen, ein Atomkraftwerk zu schützen; kann er gegen die Zerstörung der Umwelt sein und zugleich der rechtmäßigen Entscheidung zum Bau eines Flughafens durch seinen Einsatz zur Umsetzung verhelfen.

Der Polizeibeamte muß in seinem Handeln häufig in die Rechte anderer, zum Teil recht massiv, eingreifen, er muß – nur ein Beispiel – möglicherweise den Geiselnahmer schwer verletzen oder töten, um das Leben der Geisel zu retten. Der hierin liegende innere Konflikt ist nur ertragbar und überwindbar, wenn der Polizeibeamte sich seiner sittlichen Pflicht, Unrecht abzuwehren und dem Schwächeren zu helfen, ebenso sicher ist, wie der dar-

aus resultierenden sittlichen Rechtfertigung und der Erwartung der Gnade vor dem Herrn.

Kirche und Politik haben Verantwortung für die Polizei

Kirche und Politik können und müssen deutlich machen, daß unser demokratischer Rechtsstaat ein sittlich begründeter Staat, aber auch ein sehr mühsames Gebilde ist, in dem man oft Jahre für die Durchsetzung politischer Ziele ringen muß.

Die Kirche kann unsere Polizeibeamten bestärken, indem sie, durchaus politisch Stellung beziehend, auch unmißverständlich sagt, daß der Widerstand gegen politische Entscheidungen nur in den rechtsstaatlichen Formen zu akzeptieren ist; indem sie, als gleichzeitig politische Kraft und unabhängige Instanz auch Verständnis für jene weckt, denen es obliegt, konfliktträchtige Entscheidungen zu

treffen, und für jene, die sie durchzusetzen haben.

Die Politik muß das ihre tun, das Recht so fortzuentwickeln, daß es den sich wandelnden Bedürfnissen unserer Gesellschaft gerecht wird, daß es nicht zur Plage, zum Unrecht wird und damit die in Konflikt stürzt, die es anzuwenden und zu schützen haben. Sittliche und christliche Politik muß die Konfliktlösung durch Konsens, nicht durch staatliche Machtausübung suchen. Sie umfaßt auch das ständige Bemühen, Minderheiten anzuhören, ihnen das Gefühl zu nehmen, stets den kürzeren zu ziehen, bei der kritischen, suchenden Jugend kein permanentes Ohnmachtsgefühl aufkommen zu lassen, das schließlich zur Resignation oder gar zur Gegnerschaft zu unserem Staat führt.

Hoffen wir, daß es uns gelingt, stets neue politische Gestaltungskraft und sittliche Überzeugungskraft aufzubringen, um unsere Probleme und Konflikte so lösen zu können, daß sie nicht in polizeilichem Handeln enden müssen und die Polizei die Last zu tragen hat.

Aus unserer Arbeit

„Schulen machen Kinder unzufrieden“

Pinneberg: „Bestehen unsere Kinder die Zukunft?“ Antwort auf diese Frage gab die Tiefenpsychologin und Wissenschaftsautorin Christa Meves, die auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU im Kreisverband Pinneberg vor rund 230 Gästen in der Mehrzweckhalle am Rübekamp referierte.

Christa Meves, deren Bücher eine Gesamtauflage von rund drei Millionen Exemplaren erreicht haben, sieht „eine zielgerichtete Unterwanderung der Jugendlichen“ in den staatlichen Bildungsinhalten. In unseren Schulen wird nach Ansicht der Wissenschaftlerin die sich selbst als parteilos bezeichnet, die bestehende Gesellschaftsordnung zunehmend in Frage gestellt, um das Wunschbild einer kollektivistischen Gesellschaftsordnung zu predigen. „Durch pervertierte Bildungsinhalte werden unsere Jugendlichen systematisch unzufrieden gemacht“, analysierte die Psy-

chologin, „um sie als willige Werkzeuge des gesellschaftlichen Umbruchs zu mißbrauchen.“

Hierzu versuche die staatliche Bildungspolitik einen Keil zwischen Kind und Elternhaus zu treiben, indem sie „die überscharfe Brille der Pubertät durch eine verletzende Kampagne verstärkt“. „Der Teufel ist nie unzeitgemäß“, rief Christa Meves unter lautem Beifall ihrem Publikum zu.

So werde die Jugend zu verfrühter Sexualität erzogen, die ihren natürlichen Bedürfnissen nicht entspreche, um sie auf diese Weise zu einem „aggressiven Potential der Gesellschaft“ zu prägen, meinte Christa Meves. Erste Folgen dieser Erziehung seien bereits heute feststellbar, meinte die Wissenschaftlerin: „Nach 15 Jahren der Frühgeschlechtlichkeit haben wir eine Zunahme des Gebärmutterkrebses um 50 Prozent festgestellt.“

Heutige Strömungen wie „No Future“ und „Null Bock auf nichts“ seien „eine konsequente Ausprägung der Verteufel-

lung von Leistung und Gewinnstreben in staatlichen Bildungshorten“, teilte Christa Meves mit. „Die Kinder sind von einer dumpfen Unzufriedenheit“, berichtete sie aus ihrer täglichen Arbeit mit Jugendlichen. „Dahinter steckt ein Menschenbild ohne Gott, das auf dem Boden des Neides entstanden ist.“

Die heutigen Phänomene unter den Jugendlichen seien vorhersehbar gewesen, meinte die Referentin. Sie selbst habe seit 1969 immer wieder vor diesen Erscheinungen gewarnt.

„Wir müssen die Kinder vor diesen Erscheinungen warnen!“ meinte Christa Meves dann und forderte die staatlichen Bildungspolitikern auf, den „Kleister der Ideologien fortzuwischen“, den Kindern und Jugendlichen wieder ein Bild des abendländlich-christlichen Menschen zu vermitteln, um sie „zur Liebe zu unserem obersten Dienstherrn zu erziehen! Denn nur ein erstarktes christliches Wertbewußtsein kann unsere Zukunft sichern!“ schloß Christa Meves.

Coburg, den 19. Juni 1530

Meinem herzlichsten Sohn Hänschen Luther in Wittenberg.

Gnade und Friede in Christus! Mein herzlichster Sohn, ich höre sehr gerne, daß du eifrig lernst und fleißig betest. Tu das, mein Sohn, und fahre darin fort. Wenn ich heimkomme, will ich dir ein schönes Marktgeschenk mitbringen.

Ich weiß einen hübschen, schönen Lustgarten. Da gehen viele Kinder drin, haben goldene Röcklein an und lesen schöne Äpfel unter den Bäumen auf und Birnen, Kirschen, Mirabellen und Pflaumen, singen, springen und sind fröhlich. Sie haben auch schöne kleine Pferdlein mit goldenen Zäumen und silbernen Sätteln. Da fragte ich den Mann, des der Garten ist, wem die Kinder gehörten. Da sprach er: Es sind die Kinder, die gern beten, lernen und fromm sind. Da sprach ich: Lieber Mann, ich habe auch einen Sohn, der heißt Hänschen Luther; könnte er nicht auch in den Garten kommen, daß er auch so schöne Äpfel und Birnen essen und so feine Pferdlein reiten und mit diesen Kindern spielen dürfte? Da sprach der Mann: Wenn er gerne betet, lernt und fromm ist, so soll er auch in den Garten kommen, Lippus und Jost (Anm. d. Red.: Hänschens Gespielen, die Kinder von Philipp Melanchthon und Justus Jonas, damals beide fünfjährig) auch. Und wenn sie alle zusammen kommen, so werden sie auch Pfeifen, Pauken, Lauten und allerhand anderes Saitenspiel bekommen, dürfen auch tanzen und mit kleinen Armbrüsten schießen. Und er zeigte mir dort eine feine Wiese im Garten, zum Tanzen zugerichtet; da hingen lauter goldene Pfeifen und Pauken und feine, silberne Armbrüste. Aber es war noch früh, und die Kinder hatten noch nicht gegessen. Darum konnte ich nicht auf den Tanz warten und sprach zu dem Mann: Ach, lieber Herr, ich will schnell hingehen und das alles meinem lieben Sohn Hänschen schreiben, daß er gewiß fleißig lernt, eifrig betet und fromm ist, damit er auch in diesen Garten kommt. Aber er hat eine Muhme Lene (Anm. d. Red.: Magdalene von Bora, eine Tante von Käthe Luther; sie lebte in Luthers Haus und starb 1537), die muß er mitbringen. Da sprach der Mann: So soll es sein; geh hin und schreib's ihm also.

Darum, lieber Sohn Hänschen, lerne und bete ja getrost und sage es Lippus und Jost auch, daß sie auch lernen und beten, so werdet ihr miteinander in den Garten kommen. Sei hiermit dem lieben Gott befohlen und grüße Muhme Lene und gib ihr einen Kuß von meinerwegen.

Dein lieber Vater Martin Luther

Ich bin ein Pietist

Interview mit Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt

Ein eindeutiges Bekenntnis zur Verbindlichkeit des Glaubens auch für sein politisches Handeln legte der Staatssekretär im Bonner Innenministerium, Dr. Horst Waffenschmidt, in einem Interview mit dem Pressedienst der Evangelischen Allianz, *idea*, ab. Das Gespräch mit Dr. Waffenschmidt führte Helmut Matthies. Dr. Waffenschmidt ist auch Mitglied der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland und Mitglied des EAK-Landesvorstandes.

idea: Herr Dr. Waffenschmidt, Sie sind als engagierter evangelischer Protestant in der ersten Garnitur der Politik bekannt. Was bedeutet

eigentlich Jesus für Sie und Ihre Politik?

Waffenschmidt: Der Glaube an Jesus Christus gibt mir eine entscheidende Orientierung für meine politische Arbeit. Das Evangelium ist zwar kein politisches Rezeptbuch, wo man nachschlagen könnte, was bei dieser oder jener politischen Entscheidung zu tun ist, aber es gibt uns Orientierungspunkte für die Wahrnehmung der Verantwortung vor Gott und vor dem Nächsten. Für mich ist ganz entscheidend, daß beides zusammenkommt. Ich erlebe Mitchristen, die die Verantwortung für den Nächsten im

politischen Bereich etwas kleiner schreiben und meinen, Gott sitze im Regiment und werde schon alles schaffen. Das ist eine Einseitigkeit, die ich nicht nachvollziehen könnte. Eine andere Einseitigkeit sehe ich aber genauso als Gefahr: Sie besteht darin, Nächstenliebe allein so zu verstehen, daß möglichst viele gesellschaftliche Verhältnisse verändert werden, ohne den einzelnen im Blick zu haben. Für mich ist das tägliche Gebet und das Gespräch mit anderen Christen eine wesentliche Grundlage, das harte Geschäft der Politik betreiben zu können.

idea: Wo sehen Sie die Chancen und wo die Gefahren des deutschen Pietismus in der Politik heute?

Waffenschmidt: Die großen Chancen sehe ich da, wo heute – besonders von der jungen Generation – einzelnen Politikern die Frage gestellt wird: Warum tust du etwas und aus welcher Haltung tust du es? Hier ist der bekennende gläubige Christ in der großartigen Situation, daß er bisweilen auch im öffentlichen Leben das Bekenntnis ablegen kann: dies oder jenes tue ich aus meiner persönlichen Verantwortung vor Gott. Das gilt zum Beispiel für meine Haltung zum Paragraphen 218, zum Eherecht und anderen vergleichbaren Entscheidungen. Mit Sorge sehe ich dagegen – auch bei Leuten, die aus dem Pietismus und aus frommen Kreisen kommen – wenn die vorletzte Welt, in der wir leben, und all das Vorletzte, was wir politisch zu entscheiden haben, vermengt wird mit dem Letzten, der Welt Gottes. Diese Gefahr stellt sich zum Beispiel in der gegenwärtigen Friedensdiskussion. Manche Christen meinen, daß hier Forderungen der Bergpredigt, dem Grundgesetz für das Reich Gottes und einer Herausforderung für die Christen, auch praktische Grundlage für Politik im Alltag sein könnten. Die bewährte Zwei-Reiche-Lehre der lutherischen Theologie gibt uns hier eine bessere Orientierung. Wir müssen einfach sehen, daß wir in einer Welt der Vorläufigkeit leben und daß in dieser Welt die Obrigkeit als eine gnädige Hilfe Gottes eingesetzt ist. Wir müssen uns mit vielen Mitteln des vorläufig noch Unzulänglichen abmühen. Das zeigt sich auch im Wirtschafts- und Sozialbereich. Als Christ kann ich nicht sagen: Gott wird schon alles richten, denn die Vögel unter dem Himmel werden auch von Gott ernährt. Ich muß mich auch um Wirtschafts- und Sozialprogramme bemühen, um die Arbeitslosigkeit zu unterbinden. Wir sollten uns gegenseitig helfen, daß wir die „letzten“ und die „vorletzten“ Dinge nicht miteinander vermengen.

idea: Diese Vermengung scheint aber doch kein spezielles Problem des deutschen Pietismus zu sein. Die protestantischen Kräfte, die die Friedensbewegung vor allem fördern und hier manches vermengen, kommen ja eben nicht aus dem

pietistischen Bereich. Die Aktion Sühnezeichen, die mehrere Friedensdemonstrationen organisiert hat, würde sich keineswegs als pietistisch bezeichnen.

Waffenschmidt: Ich gebe Ihnen völlig recht, aus anderen kirchlichen Bereichen sind mehr Initiativen zur Friedensbewegung sichtbar geworden, als aus dem Pietismus. Aber – wie ich bereits im Blick auf die Vermengungsgefahr“ angedeutet habe – es sind leider auch einige aus dem pietistischen Bereich mit Stellungnahmen hervorgetreten, die jenen Sorge machen, die aus bewußter Glaubensverantwortung im öffentlichen Leben handeln wollen.

idea: Sie haben am Nationalen Gebetsfrühstück in Washington teilgenommen. Was war Ihr Eindruck? Warum ist es nicht unter deutschen Politikern möglich, sich in dieser Form zum Gebet zu treffen?

Waffenschmidt: Ich bin von dem Nationalen Gebetsfrühstück in Washington sehr beeindruckt. Für mich war es bedeutsam, daß führende Politiker, Militärs, leitende Vertreter der Justiz, der Wirtschaft, der Gewerkschaften und aus anderen Bereichen des öffentlichen Lebens persönlich bekannt haben, daß sie auf Jesus Christus angewiesen sind, wenn sie ihre öffentlichen Aufgaben mit Aussicht auf Erfolg wahrnehmen wollen. Das persönliche Bekenntnis von Präsident Reagan, Vizepräsident Bush, vom bisherigen Chef des Vereinigten Generalstabs, dem Vier-Sterne-General Johns, aber auch von zahlreichen Senatoren, Mitgliedern des Repräsentantenhauses und Mitarbeitern aus den beiden Parlamenten hat mich tief beeindruckt. Ein weiteres wichtiges Ergebnis war mein Besuch beim Oberbürgermeister von Washington. Er empfing mich in meiner Eigenschaft als Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, und wir saßen mit seinen Beigeordneten und einem seiner Stadträte zusammen. Als wir Wohnungsbau- und Schulprobleme erörterten, sagte plötzlich einer seiner Mitarbeiter: „Aber das Wichtigste ist doch, daß wir bei allen unseren Bemühungen zu Jesus Christus beten dürfen“. Maßgeblich für mich war, daß in den Vereinigten Staaten – und nicht nur in Washington, sondern auch in Rathäusern, Behörden, in Wirtschafts- und Gewerkschaftsgruppen – sich

Menschen viel stärker als bei uns offen zu Jesus Christus bekennen und sagen, aus welcher Quelle ihre politischen Handlungen kommen.

Sicherlich sind die Verhältnisse der Kirchen, Freikirchen, Gemeinschaften und Verbände hier in der Bundesrepublik Deutschland anders als in Amerika. Man sollte deshalb nie etwas ganz von einem Land aufs andere übertragen wollen. Ich möchte nur ganz vorsichtig andeuten, daß auch in Deutschland Menschen, die in Verantwortung stehen, sich zum gemeinsamen Gebet und zu gemeinsamer Lesung des Wortes Gottes treffen wollen.

idea: Warum sind Sie als evangelischer Christ eigentlich in der CDU und nicht in einer anderen Partei?

Waffenschmidt: Ich bin bewußt in die CDU gegangen, weil die CDU in ihrer programmatischen Aussage und in entscheidenden Bereichen des politischen Handelns auf dem aufbaut, was Christen für das öffentliche Leben als wesentlich ansehen. Es kommt nicht von ungefähr, daß das letzte Grundsatzprogramm der CDU von der Verantwortung vor Gott spricht. Das ist als eine Herausforderung und nicht als ein einseitiges politisches In-Beschlag-Nehmen der christlichen Botschaft für eine Partei zu verstehen. In unserem Fraktionssaal im Deutschen Bundestag hängt ein Kreuz – als Herausforderung an unsere politische Arbeit. Die CDU geht von einem Menschenbild aus, das auf die persönliche Verantwortung und Freiheit des einzelnen abzielt und daraus seine soziale Verpflichtung und die Beziehung zum Staat ableitet. Mich hat ferner besonders angezogen, daß die Freiheit des einzelnen verbunden wird mit der Verantwortung vor Gott. Bedeutsam war für mich auch, daß seit der Gründung der CDU viele Christen dort mitarbeiten. Ich finde es auch ganz entscheidend für unser deutsches Vaterland, daß die CDU in unserer Nachkriegsgeschichte die Brücke zwischen den aktiven, bekennenden Christen in der evangelischen und katholischen Kirche geschlagen hat, so daß wir in einem ökumenischen Geist zusammen Politik machen.

idea: Sie sind zusammen mit einem anderen bibelfesten Protestanten aufgewachsen, dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsi-

dentem Johannes Rau, der auch stellvertretender Vorsitzender der SPD ist. Verstehen Sie sich als Christen auch über die Parteigrenzen hinweg?

Waffenschmidt: Johannes Rau und ich kennen uns von Kindesbeinen an. Wir haben auch heute noch persönlichen Kontakt. In den politischen Anschauungen trennt uns manches grundlegend. Das hindert uns aber nicht, zusammenzukommen und gemeinsam zu bedenken, was für unser Land, in der Innen- und Außenpolitik und für die Wahrnehmung öffentlicher Verantwortung wichtig ist.

idea: Sie haben davon gesprochen, daß Sie bewußt in die CDU gegangen sind, weil Sie meinen, dort eine Politik aus christlicher Verantwortung vertreten zu können. Wie erklären Sie sich, daß sich Protestanten bei der Bundestagswahl 1980 mehr für die SPD entschieden haben als für die CDU?

Waffenschmidt: Man kann die Unterstützung der evangelischen Mitbürger für eine politische Partei nicht nach einer Wahl bemessen, sondern man muß, um dies werten zu können, einen Querschnitt aus den Wahlergebnissen der Bundestags-, Landtags- und der Kommunalwahlen bilden. So gesehen, möchte ich behaupten, daß in wachsendem Maße evangelische Mitbürger die Union unterstützen, sonst wäre es gar nicht möglich gewesen, in stark protestantisch geprägten Bundesländern — wie etwa Niedersachsen oder Schleswig-Holstein — die absolute Mehrheit im Landtag zu erreichen. Ich möchte auch hervorheben, daß — wie die Geschichte der Union zeigt — in wachsendem Maße bewußte evangelische Christen in Führungspositionen gekommen sind. Von den sieben Regierungschefs der Bundesländer sind heute vier Ministerpräsidenten — nämlich Albrecht, Barschel, Späth und von Weizsäcker — aktive evangelische Christen. Das hat, wie ich aus vielen Gesprächen weiß, dazu geführt, daß immer mehr Protestanten den Zugang zur CDU finden. Der teilweise bestehende Nachholbedarf bei der evangelischen Bevölkerung hat meiner Ansicht nach jedoch auch folgende Ursache: In der Parteigeschichte können die katholischen Christen auf eine viel längere Tradition zurückblicken. Sie hatten zum Beispiel

das Zentrum, in dem sie sich viele Jahre sehr aktiv betätigt haben; auch bewußt unter christlichen Vorzeichen. Die Evangelischen betätigten sich vornehmlich im liberalen, im deutsch-nationalen Bereich oder auch im evangelischen Volksdienst. Nach 1945 mußten diese Kräfte erst langsam zusammengefügt werden. Wenn man aber vom heutigen Stand im Jahre 1982 ausgeht, kann man feststellen, daß die CDU und auch die CSU eine breite Unterstützung im evangelischen Bevölkerungsteil finden, weil eben auch viele evangelische Christen das politische Angebot dieser Partei für die Außen-, Wirtschafts- und Innenpolitik bejahen.

idea: Halten Sie den Vorwurf, der manchmal erhoben wird, die CDU sei immer noch eine überwiegend katholische Partei, für völlig unberechtigt?

Waffenschmidt: Ja. Ich arbeite schon lange im Bundesparteivorstand der Union mit und sehe, daß gerade Vorstellungen evangelischer Christen Eingang in die programmatischen Aussagen der CDU gefunden haben, wenn ich hier einmal erinnern darf an den weiten Bereich der Diakonie, das Verständnis der evangelischen Kirche von sozialer Arbeit usw. Alles dies hat einen Niederschlag gefunden im Einsatz der Union für die freien Träger und ihren Vorrang vor den Zuständigkeiten des Staates. Ferner möchte ich hervorheben, daß die regelmäßigen Begegnungen des Bundesvorstandes der Union mit dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland außerordentlich positiv verlaufen. Hier wird offen gesprochen. Es kann nicht in allen Fragen eine totale Identität der Meinungen geben, dafür gibt es natürlich auch die unterschiedlichen Aufgaben von Partei und Kirche. Insgesamt gibt es jedoch viele übereinstimmende Vorstellungen. Gerade auch das, was Helmut Kohl mit der Forderung auf geistige Führung in der Politik aussprach, hat übrigens eine positive Resonanz bei vielen bewußten evangelischen Christen gefunden.

idea: Sehen Sie nun Ihre Vorstellungen von Kirche in der Praxis erfüllt?

Waffenschmidt: Ich setze mich für meine Vorstellungen auch in meinen kirchlichen Ämtern ein. Es gibt natürlich zahlreiche Mitchristen,

die die Schwerpunkte anders setzen. Andererseits finde ich viel Unterstützung auf Vorträgen in Kirchengemeinden. Für mich ist ganz entscheidend, daß die Diskussion um unterschiedliche Auffassungen in brüderlicher Liebe, unter Gebet und in gemeinsamem Hören auf Gottes Wort geschieht. Daß das geschehen kann, hat zum Beispiel die rheinische Synode gezeigt, indem sie bei unterschiedlichen politischen Ansichten mit ganz großer Mehrheit einen gemeinsamen Friedensbrief an die Kirchengemeinden verabschiedete.

idea: Zum Thema Frieden. In einem gemeinsamen Friedenspapier stellten DDR-Kirchenbund und EKD im Spätsommer fest, die heutige Friedenssicherung müsse davon ausgehen, mit nicht militärischen Mitteln den Frieden zu sichern. Wie beurteilen Sie als Christ und Politiker diese politischen Aussagen?

Waffenschmidt: Wir müssen alle politischen Möglichkeiten anwenden, die uns überhaupt zur Verfügung stehen, um zu einer möglichst weltweiten Friedensordnung zu kommen. Solange jedoch einseitige politische und ideologische Machtansprüche — wie gegenwärtig von der Sowjetunion — weltweit zu Entfaltungen kommen sollen, muß einfach das politische Bemühen auch noch militärisch abgesichert werden. Es ist eben leider auch so, daß die kommunistische Seite, wenn sie vom Frieden oder von Menschenrechten spricht, in vielen Bereichen unterschiedliche Inhalte zugrunde legt gegenüber dem, was wir im Westen unter den gleichen Begriffen verstehen. Das macht das ganze Geschäft so mühevoll. Aus diesen Gründen ist der Deutsche Bundestag mit ganz großer Mehrheit der Ansicht, daß das Bemühen um eine Entspannungspolitik kombiniert werden muß mit einer glaubhaften und realistischen Verteidigungsbereitschaft. Beides ist notwendig. Ich verstehe, daß die EKD und der Kirchenbund in der DDR einen neuen Impuls für die friedenssichernden Maßnahmen im politischen Bereich geben wollen. Das ist gut, darf aber nicht zu utopischen Vorstellungen führen.

idea: Noch einmal zum Thema Christsein und CDU. Kürzlich erschien in der Herder-Bücherei-Initiative ein Band über und von atheistischen Konservativen. In diesem

Buch wird unter anderem die These vertreten, ein Christ müsse links bzw. – so Helmut Gollwitzer – Sozialist sein. Ein Konservativer könne dagegen nur Atheist sein. Sie haben sich anders entschieden und verbinden mit Ihrem Christsein eine konservative Politik. Warum sind Sie als Christ politisch konservativ?

Waffenschmidt: Zunächst: In der CDU fließen drei geistige Grundströmungen zusammen: das bewahrende Element des Konservativen, also dessen, was sich bewährt hat, dann das Element des Christlich-Sozialen und das des Freiheitlichen. Ich weiß von vielen Initiativen der evangelischen und katholischen Kirche und vor allem im Blick auf sozialethische Probleme, daß sie in der Unionspolitik nicht nur vorkommen, sondern auch verwirklicht werden. Christsein und CDU/CSU-Politik beißen sich also keineswegs. Als wichtige Voraussetzung einer erfolgreichen politischen Arbeit sehe ich an, daß der einzelne sich in seiner sozialen Verantwortlichkeit einsetzt, Eigeninitiative entwickelt und damit dann seinen Beitrag für Staat und Gesellschaft leistet. Das ist nach meiner Ansicht sehr gut über die CDU machbar. Daß ein Christ nicht konservativ sein kann, kann ich überhaupt nicht mitvollziehen, weil ich der Auffassung bin, daß gerade eine soziale, eine gesunde konservative und liberale politische Schau eine gute Basis für eine Politik aus christlicher Verantwortung abgibt. Ich habe große Vorbehalte gegenüber Vorstellungen, nach denen christliche Politik praktisch immer einen revolutionären Zug tragen müsse. Ich bin auch um

der Bürger willen sehr pragmatisch in meinem Denken. Wenn ich mir die linke Politik unter der abgelösten Bundesregierung ansehe, dann möchte ich ein paar Momente aufgreifen, die dabei herausgekommen sind: Wir haben durch diese Politik zum Beispiel immer mehr Bürokratie bekommen, einen immer größeren Verwaltungsapparat. Weil hier ein Aberglauben vorhanden war, alles würde schöner, besser und gerechter, wenn die öffentliche Hand es regelt. Jetzt fühlen sich Millionen Menschen nur noch verwaltet, frustriert, weil sie allmählich der großen Verwaltungsapparate überdrüssig sind. Manche linken Initiativen haben geradezu zu der Utopie geführt, als könne man das Paradies auf Erden verwirklichen. Die Ergebnisse linker Politik werden auch von vielen Mitchristen mit Recht sehr kritisch beurteilt. Ich kann mir gar nicht vorstellen, daß mit diesen Ergebnissen besonders viele christliche Vorstellungen erreicht worden wären. Mit dem Konzept der CDU/CSU: Soziale Marktwirtschaft mit viel Freiheit für den einzelnen Bürger, aber auch mit vielen grundlegenden Sozialgesetzen ist viel mehr erreicht worden als sich linke Bürokratievorstellungen erträumt haben. Eine Politik sollte deshalb an ihren praktischen Erfolgen für die Menschen gemessen werden.

idea: Eine vorletzte Frage: Sie sind Mitglied im ZDF-Fernsehrat und haben den Aufruf unterschrieben „Mehr Evangelium in den Medien“. Warum halten Sie diese Aktion der Konferenz Evangelikaler Publizisten (kep) für notwendig?

Waffenschmidt: Insbesondere die elektronischen Medien erreichen Millionen unserer Mitbürger. Ich bin als Christ der Meinung, daß wir gerade auch die modernen Medien einsetzen müssen, um unseren Mitbürgern das Evangelium zu sagen. Darum habe ich mich auch im Fernsehrat dafür eingesetzt, daß noch mehr Gottesdienste übertragen werden. Ich möchte hinzufügen: In unserer pluralistischen Gesellschaft ist es wichtig, anderen nahezubringen, welchen Beitrag Christen in unserer Gesellschaft leisten und leisten wollen. Ich möchte mich immer dafür einsetzen, daß Christen und das Evangelium gerade auch in unseren öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten ihren Platz haben. Ich möchte ferner dafür eintreten, daß die Grundwerte unseres Grundgesetzes, die ja auch geschrieben sind unter der Eingangsformel „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“, eine maßgebliche Rolle spielen bei der Gestaltung des Fernsehprogramms.

idea: Erwarten Sie, daß die CDU/CSU mit ihren Vorstellungen am 6. März die Wahl gewinnt und weiterhin mit der FDP an der Regierung bleibt?

Waffenschmidt: Ich erwarte ein gutes Wahlergebnis für die Union und die Regierung der politischen Mitte unter Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl. Die neue Bundesregierung hat ein solides und realistisches Programm vorgelegt, sie verdient eine echte Chance. So denken viele Mitbürger.

idea: Wir danken für dieses Gespräch.

Kurz notiert

CDU spricht mit EKD über Arbeitslosigkeit

Bonn: In Fortsetzung des Gesprächs, das der Rat der EKD am 25. November 1982 mit dem Präsidium der CDU geführt hatte, trafen sich am 17. Januar 1983 Mitglieder des Rates und des CDU-Präsidiums zu einem Gedankenaustausch über die Fragen der Arbeitslosigkeit.

Man war sich einig, daß zur Lösung des bedrängenden Problems keine einfachen Antworten zu geben sind. Es müßten vielfältige Maßnahmen ergriffen werden, um die Arbeit besser zu verteilen und neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen. Dabei müsse auch über den Stellenwert der bezahlten Arbeit für das menschliche Leben neu nachgedacht werden.

An dem Gespräch nahmen teil: CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler, Bundesarbeitsminister Dr. Blüm, Mini-

sterpräsident Albrecht, der Staatsminister im Bundeskanzleramt Friedrich Vogel, Staatssekretär Wolfgang Vogt und der rheinland-pfälzische Landtagspräsident Albrecht Martin.

Die EKD war vertreten durch Landesbischof von Keler, Synodalpräses von Heyl, Präses Immer, Prof. Theodor Schober, Präsident des Diakonischen Werkes, Prof. Strohm, Vorsitzender der Kammer der EKD für soziale Ordnung und die Oberkirchenräte Kalinna und Winkler.

Hermann-Ehlers-Preis an Prof. Arnold Dannenmann

Laudatio von Bundesminister a. D. Dr. Bruno Heck,
Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Der Hermann-Ehlers-Preis 1982 wurde kürzlich an den Begründer des Christlichen Jugenddorfwerkes Prof. Arnold Dannenmann verliehen. Die Hermann-Ehlers-Akademie unter Ihrem Vorsitzenden Bundestagspräsident a. D. Kai-Uwe von Hassel verleiht diesen Preis jährlich an Persönlichkeiten, deren Lebenswerk im Sinne Hermann Ehlers, des Gründers und ersten Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, Dienst an Staat und Gesellschaft bedeutet. Preisträger waren bisher u. a. Bischof a. D. Hermann Kunst und der frühere baden-württembergische Kultusminister Prof. D. Wilhelm Hahn. 1981 wurde der Preis dem langjährigen Bundesvorsitzenden des EAK, Bundesminister a. D. Dr. Gerhard Schröder, verliehen.

Die Hermann-Ehlers-Stiftung trägt den Namen Hermann Ehlers nicht nur, um respektvoll verehrende und rühmende Erinnerung zu pflegen. Das Gerühmtwerden und das Sichrühmenlassen ist dem Wesen Hermann Ehlers ohnedies ein Leben lang fremd geblieben. Es ist auch nicht nur die Dankbarkeit, in deren Pflicht wir, die Christlichen Demokraten im Allgemeinen und die Hermann-Ehlers-Stiftung im Besonderen, stehen, es ist das beispielhafte Leben in Kirche und Öffentlichkeit, in kirchlicher und patriotischer, in christlicher und demokratischer Verantwortung, das beispielhafte Leben, das in der Weimarer Republik seine erste Gestalt und in der Zeit des Nationalsozialismus, zur Bewährung herausgefordert, seine volle Mannesreife gewonnen hat, um sich dann beim Aufbau unserer Bundesrepublik in der Verantwortung an erster Stelle zu bewähren. An seinem Grabe ist es in den überkommenen einfachen Worten, die allein seiner Art entsprachen, gesagt worden: Hermann Ehlers hat sich für das Vaterland verdient gemacht. Wir haben in gemeinsamer Arbeit mit ihm erfahren: Hermann Ehlers hat beispielhaft vorgelebt, wie politische Verantwortung von Christen in Demut vor Gott und furchtlos vor den Menschen wahrzunehmen ist.

Die Stiftung, die seinen Namen trägt, hat mit der Verleihung ihres „Hermann-Ehlers-Preises“ eine bemerkenswerte Tradition geschaffen, und dies mit Maßstäben, die nicht in erster Linie auf das Ehren und auf das Rühmen ausgerichtet sind, sondern vor allem darauf, der nachwachsenden Generation beispielhafte Weggefährten vor Augen zu führen – beispielhaft als Patrioten und beispielhaft als Christen.

Heuer hat die Hermann-Ehlers-Stiftung ihren Preis Ihnen, Herr Professor Dannenmann, zuerkannt, Ihnen, dem großen Jugendpastor, dessen ganzes Leben seiner Jugend, der evangelischen Jugend Deutschlands gehört hat: Angefangen in den letzten Jahren der Weimarer Republik, über deren Untergang hinweg, in Monaten großer, doch zweifelnder Hoffnungen, in Jahren der Verfolgung und des Widerstandes, und dann danach, als unser aller geschändetes Vaterland in Trümmern und rundum verachtet am Boden lag. Jene Monate hoffender Zweifel und zweifelnder Hoffnung habe ich auf der anderen Seite des Weinbergs unseres Herrn miterlebt, in der katholischen Jugend, fast ein Jahrzehnt jünger und deswegen unbefangener, im radikalen „Nein“ ebenso wie im radikalen „Ja“. Meine nachhaltigste Erinnerung gehört da einem unserer Besten und Begabtesten, einem, der von uns gegangen ist und der uns verlassen hat, um in der Hitlerjugend mit den Arbeiterbuben am Lagerfeuer zu sitzen, um sein Leben mit dem ihren zu teilen, weil er meinte – wie er mir danach einmal geschrieben hat –, daß, wenn Christus in diesen Zeiten unter uns wäre, er seinen Platz nicht wählen würde unter uns, den elitär Gesonnenen, den in der Idylle der Bündischen Jugend Beheimateten, sondern bei den Kindern der Armen des Volkes, dort, wo sie in der großen Gemeinschaft der deutschen Jugend mit den Buben und Jungen aus allen Schichten unseres Volkes ihr gemeinsames Zuhause hätten.

Sie, lieber Pastor Dannenmann, haben damals an hervorragender Stelle Verantwortung für Ihre evangelische Jugend getragen – zu einer Zeit, da vielen Patrioten vieles noch nicht entschieden schien, da noch Hoffnung war, wenngleich schon wachsenden Zweifeln ausgesetzt, dem Ganzen eine Richtung im Hölderlin'schen Sinne zu geben – hin zum Vaterland, dem heiligen Herzen der Völker. Auch Sie hatten Ihre Hoffnungen und Ihre Zweifel: Unüberhörbar haben Sie für die evangelische Jugend zum Ausdruck gebracht, was für Sie unabdingbar war, daß dieses neue Deutschland der evangelischen organisierten Jugend für ihren besonderen Auftrag im Staat Raum lassen und daß die Verkündigung des Evangeliums frei sein müsse. In Sachen Christsein stand für Sie zu keiner Stunde auch nur ein Jota zur Diskussion. Was Baldur v. Schirach gedacht haben mag, als er Ihnen den stellvertretenden Reichsjugendführer angeboten hat – wer weiß es? Nachdem Sie, ohne langes Besinnen und ohne Wenn und Aber abgelehnt haben, waren die Fronten radikal geklärt. Nun wußten die Machthaber, daß sie von Ihnen nichts zu erwarten hätten, und damit war Ihnen der Weg gewiesen: Die Arbeit für das andere Deutschland, für das Deutschland Martin Luthers und Hölderlins, für das Deutschland, um das es Ihnen ging, das nur noch im Widerstand wahrgenommen werden konnte – im Dienst für die Verfolgten, in der Hilfe für die Entrechteten und hier vor allem für die Juden, die Ihnen auf Ihrem „Weg von Jerusalem nach Jericho“ begegnet sind, dann im Trost der Bedrängten und Bedrohten, im Zuspruch und in Bekräftigung derer, die gesonnen waren, sich Hitlers im aktiven Widerstand zu entledigen. Verehrter Pastor Dannenmann: Wie Eugen Gerstenmaier sein Hilfswerk, so haben auch Sie schon in den Zeiten Ihres Widerstands Ihr Christliches Jugenddorfwerk konzipiert. Sie haben nie daran gezweifelt, daß für Chri-

sten die Zeit kommen werde, was ihnen durch den Nationalsozialismus unmöglich gemacht worden war, die junge Generation durch Vorbild zu begeistern für ein neues Leben im Dasein für andere: „der eine trage des anderen Last“. Wer sich den Weg Ihres Lebens vor Augen hält, dem drängt sich das Bild Ihrer Berufung für die Jugend auf. Seit Ihrer Ordination im Jahre 1931 haben Sie sich mit Ihrer ganzen Kraft, mit Ihren vielseitigen Talenten, mit allem, was Gott Ihnen auf Ihren Weg mitgegeben hat, den Nöten und den Fährnissen jugendlicher und Heranwachsender zugewandt, zunächst Ihren evangelischen Jungmännern im Rahmen der Young Men Christian Association, deren Mitglied Sie im Genfer Weltkomitee waren.

Fast zur selben Zeit sah sich auch Hermann Ehlers in den wirren Zeiten der untergehenden Republik und in den Stürmen des aufgehenden Hakenkreuzes vor die Frage gestellt, was auf die junge Generation nunmehr wohl zukommen werde. Ihm ging es um die Existenzmöglichkeiten des Bundes deutscher Schülerbibelkreise. Sie suchte er, nachdem sie gezwungen waren, sich selbst aufzulösen, der Bekennenden Kirche zuzuführen.

Beiden, meine Damen und Herren, Hermann Ehlers und Arnold Dannenmann – auch wenn sie über den einzuschlagenden Weg am Anfang nicht durchweg einer Meinung gewesen sind, ist immer das eine Ziel gemeinsam gewesen und gemeinsam geblieben, der evangelischen Jugend einen Freiraum zu bewahren. „Bewußtes Christentum“, das war die Kraft, die sie der zynischen Entleerung und Mißachtung aller mitmenschlichen Werte entgegenstellten: Hermann Ehlers im Widerstand der christlichen Gemeinde, aus dem heraus er, wie es Präses Scharf prägnant formuliert hat, „aus den Trümmern einer totalen Kirchenzerstörung ein Haus Gottes in unserem Vaterlande aufbauen half“. Arnold Dannenmann, indem er seine Young Men Christian Association-Verbindungen nutzte, um politisch Verfolgten einen Weg in die Freiheit zu ebnen, später dann – nach Kriegsausbruch – als Standortpfarrer an der Berliner Alten Garnisonkirche, wo ihm in der Umgebung des Generals und Stadtkommandanten Paul v.

Hase, eines Mannes des militärischen Widerstandes, die Gefangenseelsorge anvertraut war. „Es gibt hier im Gefängnis“, so sagte ein zum Tode verurteilter junger Offizier, „nur einen Mann, der versucht, sich gegen die Welle der Vernichtung zu stemmen und der seinen ganzen Einfluß und die Kraft seiner ehrlichen Überzeugung einsetzt, um den Gefangenen nicht nur ihr Los zu erleichtern, sondern der es sogar fertigbringt, Urteile umzuwandeln und in vielen Fällen das Schlimmste zu verhüten. Es ist der erste Standortpfarrer, der hier Gefängnisgeistlicher ist“.

Die Jahre des Terrors und des Krieges haben in beiden Männern, in Hermann Ehlers wie in Arnold Dannenmann ihre Wertorientierung verstärkt, die nach dem Zusammenbruch des Dritten Reichs ihr Wollen und ihr Handeln bestimmt hat. Dies war zuerst und zuletzt ihr christlicher Glaube. Sie hatten am miterlebten und miterlittenen Schicksal ihres Volkes erfahren, daß der christliche Glaube sich nicht auf die eigene Person beschränkt und sich auch nicht nur im Rückzug auf gemeindliche und kirchliche Arbeit verwirklichen könne. Sie wußten in einer Weise, die jedes Ausweichen unmöglich machte, daß christlicher Glaube sich im alltäglichen Leben zu bewahren habe, im alltäglichen Leben, zu dem unter den Verhältnissen der Demokratie die Verantwortung für die Politik ebenso zählte wie die Verantwortung für den Nächsten.

Und weil beide nie Nationalisten gewesen sind, konnten sie beide unangefochten Patrioten bleiben, Patrioten der Demokratie, die es für ihre erste vaterländische Pflicht hielten, der nachwachsenden Generation in ihrem Vaterland den Hort der Freiheit und des Rechts und die Geborgenheit christlich geprägter Solidarität zu schaffen.

Bei aller Übereinstimmung im Grundsätzlichen haben beide Herren, Ehlers und Dannenmann, ihre christliche Verantwortung auf verschiedene Weise wahrgenommen: Hermann Ehlers wandte sich der Politik zu, wo er – so hat es Konrad Adenauer gesehen – die 2. Republik, das neue Deutschland wesentlich mitgestaltet, die Parlamentarische Demokratie in ihrem Ansehen gefestigt und kräftig daran mitgewirkt hat, daß in dieser Repu-

blik das demokratische Gemeinschaftsbewußtsein im Volk Wurzeln schlagen konnte. Arnold Dannenmann blieb im Bereich der Gesellschaft: wieder stellte er sich in den Dienst des Weltbundes der Young Men Christian Association (YMCA). Dort organisierte er für die jüngeren deutschen Kriegsgefangenen kulturelle Einrichtungen, um die Kriegsgefangenen auf diese Weise an der deutschen Selbstbesinnung aktiv zu beteiligen. Besonders bekannt geworden ist seine „Lagerhochschule“ im englischen Norton – mit Kursen, die an den deutschen Universitäten anerkannt wurden. 1946 – im gleichen Jahr, in dem Hermann Ehlers in der oldenburgischen Kommunalpolitik seinen politischen Weg begonnen hat, ein Weg, der ihn schließlich bis zum Amt des Bundestagspräsidenten führen sollte, im selben Jahr gründete Arnold Dannenmann das Christliche Jugenddorfwerk. Aus diesem Stammjugenddorf im Schloß Kaltenstein bei Vaihingen an der Enz hat sich mittlerweile ein großes Unternehmen von bedeutendem gesellschaftlichem Gewicht entwickelt. Heute sind dort 3 500 Frauen und Männer am Werke, die ihre pädagogische Arbeit auf ihre christliche Verantwortung stellen und mehr als 80 000 jungen Menschen zur Seite stehen, um sie zu lehren und ihnen zur Hand zu sein bei ihrem Bemühen, ihr Leben in ihre eigenen Hände zu nehmen. Dort werden nicht nur Fertigkeiten vermittelt, die im Leben nützlich sind, dort wird auch vorgelebt, was es heißt, das Leben in dieser Welt christlich zu gestalten. Ich kann es mir hier schenken, die große Vielfalt dieser pädagogischen Bemühungen im einzelnen aufzuzählen, da sie nahezu alle Aufgaben umfassen, die der Pädagogik heute gestellt sind. Das Wesentliche ist, was für alle gleichermaßen gilt, für qualifizierte Berufsausbildung, für die Bildungsprogramme, die sich jungen Ausländern zuwenden, für die Hinwendung zu den lern- und körperbehinderten jungen Menschen, für die Bildung und Umschulung junger Erwachsener, für geistig Behinderte oder milieugeschädigte Kinder, für junge Ausländer aus den Ostblockstaaten, für Waisen und Flüchtlinge aus Ostasien, für Studentenjugenddörfer, für staatlich geprüfte Jugend- und Heimerzieher: Die Besinnung auf

die christlichen Grundwerte, auf christliche Überzeugungen blieb die Basis dieser reich- und weitgefächerten Bildungsarbeit. Dieser Pädagogik geht es schon um den Einzelnen, um die Person, aber immer auch um den Menschen in der Gemeinschaft, um den Menschen in seiner Verantwortung vor Gott, die immer eine Verantwortung für die eigene Person ebenso ist wie für den Nächsten.

Arnold Dannenmann hat sein ganzes Leben in den Dienst der Jugend gestellt, in den Dienst christlicher Verantwortung für die nachwachsende Generation. Hermann Ehlers – ich sagte es schon – ist zwar einen anderen Weg gegangen, aber die Jugend und ihre Zukunft hat er bei all seinem politischen Denken und Überlegen, Entscheiden und Handeln mitbedacht. Seine vielbeachtete Rede auf dem Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union in Berlin am 19. Oktober 1950 hört sich an wie ein Appell, der in der Arbeit der Christlichen Jugenddörfer Pfarrer Dannenmanns noch vor Ende des

Krieges gehört und nach Kriegsende in die Tat umgesetzt worden ist: „Alles Leben des Menschen und ihre Bereitschaft, sich zu entscheiden“, so sagte Hermann Ehlers damals in Berlin, „hängt davon ab, ob sie spüren, daß hinter dem Handeln und Reden über die Dinge der großen Politik eine innere Verantwortung steht, der es um den Menschen, ja wirklich um den Menschen geht. Wir können die Jugend zu einer politischen Entscheidung nur dann mit Aussicht auf Erfolg aufrufen, wenn sie bei uns und unserem politischen Handeln etwas von dem spürt, was sie zumeist in der Welt nicht erkennt, dem Wissen um den lebendigen Menschen, der Sorge für sein seelisches und leibliches Wohl, von dem, was das Wort Gottes die Liebe zum Nächsten nennt“.

Meine Damen und Herren, ich habe bei meinem Bemühen, das Werk von Pastor Dannenmann zu würdigen, bewußt den Akzent gelegt auf die Verwandtschaft in Geist und Tat, die ihn mit dem Mann verbindet, den zu ehren und dessen

Wirkungskraft in Erinnerung zu halten, der heute zu verleihende Preis gestiftet worden ist.

Etwa um die gleiche Zeit, da Pastor Dannenmann sein großes Werk für die Jugend begonnen hat, äußerte sich Karl Mannheim über das Problem der Jugend in der modernen Gesellschaft. Von zwei Perspektiven her hat er die zwei entscheidenden Fragen formuliert, die jedermann gewissenhaft beantworten muß, dem es um Wohl und Wehe der Jugend und um Wohl und Wehe unseres Vaterlandes geht. Die eine Frage lautet: „Was kann die Jugend von uns erwarten?“ Und die andere: „Was kann uns die Jugend geben?“

Auf beide Fragen hat der Professor und Pastor Dannenmann eine hoffnungs- und sinnvolle und eine tätig-hilfreiche – eine christliche Antwort gegeben. Dafür schulden wir ihm Dank und Anerkennung, dabei wissen wir Hermann Ehlers in unsere Anerkennung wie in unseren Dank mit eingeschlossen.

30 Jahre Evangelischer Arbeitskreis in Schleswig-Holstein

Roman Herzog

Am 29. Januar 1983 beging der Evangelische Arbeitskreis der CDU in Schleswig-Holstein den 30. Jahrestag seiner Gründung. Zu diesem denkwürdigen Ereignis übermittelte der EAK-Bundesvorsitzende dem Vorsitzenden des EAK in Schleswig-Holstein, Minister Dr. Henning Schwarz, folgende Ausführungen.

Ein solches Jubiläum ist sicher Anlaß zu berechtigtem Stolz. Gleichzeitig ist es aber auch Anlaß innezuhalten und sich selbst die Frage vorzulegen, die in unserer Partei – aber auch in der Öffentlichkeit – immer wieder an uns gestellt wird: Hat der Evangelische Arbeitskreis denn heute noch eine Aufgabe?

Ich meine Ja, und ich will dies an einigen Beispielen erläutern:

1. Die erste Bundestagung, die gleichzeitig die Gründungsveranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU war, vom 14.

bis 16. März 1952 in Siegen befaßte sich mit dem Schwerpunkt „Unsere politische Verantwortung in einem geteilten Deutschland“. Gerade das Lutherjahr macht uns die weiterbestehende Teilung Deutschlands und unsere fortwährende Aufgabe besonders schmerzlich bewußt. Ich habe deshalb vor einigen Tagen in einem Brief an die evangelischen Pastoren aufgerufen, an den Bindungen zu den Deutschen in der DDR festzuhalten. Die Menschen in der DDR leiden angesichts großer Versorgungsprobleme wirtschaftliche Not, die dringend der Linderung bedarf. Sie leiden aber noch viel mehr unter psychischer Not, dem Gefühl des Alleingelassen-seins. Da die meisten Kirchengemeinden hier bei uns Patengemeinden in der DDR haben, haben sie auch besondere Möglichkeiten, zwischenmenschliche Beziehungen zu festigen und zu fördern. Ich appelliere deshalb an unsere Kirchengemeinden, gerade im Lutherjahr in die DDR zu reisen und dabei auch solche Bürger in ihre Überlegungen einzubeziehen, die nicht unmittelbar am Gemeindeleben teilhaben.

2. Ein sehr eindrucksvolles Beispiel für die fortwährende Aufgabe des Evangelischen Arbeitskreises an der Nahtstelle zwischen Evangelischer Kirche und CDU scheint mir die gegenwärtig ablaufende Friedensdiskussion innerhalb unserer Kirche zu sein. Bereits die erste Aufgabe unserer Zeitschrift „Evangelische Verantwortung“ vom März 1953 und auch die folgenden Ausgaben beschäftigten sich mit dem Thema der Friedenssicherung, die sich damals an der Frage der Wiederaufrüstung entzündete. Wieder stehen wir vor einer ähnlichen Situation. Die Ausrufung des „status confessionis“ des Moderamen des Reformierten Bundes stellt die Evangelische Kirche wie damals vor

eine schwere innere Zerreißprobe. Mit großer Sorge stellen wir aber fest, daß der Wille zur Einheit verlorenzugehen droht. Vor wenigen Tagen wurde dies in besonders krasser Weise deutlich, als der Vorsitzende des Moderaments des Reformierten Bundes, Professor Hans-Joachim Kraus, heftige Kritik am Rat der EKD übte und es als völlig sinnlos bezeichnete, Kompromisse anzubahnen unter der „heillosen Friedfertigkeitformel“: „Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen“. Der Evangelische Arbeitskreis ist aufgerufen, heute wie damals allen Spaltungstendenzen unserer Kirche entgegenzutreten. An die Leitungen unserer Kirche richten wir den Aufruf, in dieser Frage fest zu bleiben.

3. „Wir werden es uns nicht verwehren lassen, in bestimmten politischen Fragen darauf hinzuweisen, daß unser Verständnis des Wortes Gottes ganz bestimmte Entscheidungen von uns fordert und daß wir andere Entscheidungen für eine

Gefährdung der Geltung der Gebote Gottes auf dieser Erde halten.“ Diese Aussage des Gründers des EAK, Bundestagspräsident Hermann Ehlers, können wir Heutigen vielleicht nicht mehr so unbefangen aussprechen, wie er dies noch konnte. Wir wissen, daß uns die Bibel nicht letztendlich unsere eigene politische Entscheidung abnehmen kann. Aber genauso gut sind wir davon überzeugt, daß die Bibel uns Ziel und Richtung unseres Handelns weist. Vor allem aber gibt uns der Glaube bei allen Unwägbarkeiten und Unsicherheiten unseres Lebens auch in der Politik Zuversicht und Hoffnung und befreit damit zu verantwortlichem Handeln. Auch hierin sehe ich eine fortwährende Aufgabe des Evangelischen Arbeitskreises: dieses Denken bewußt in die Politik hineinzutragen, denn, um wiederum ein Wort von Hermann Ehlers aufzugreifen: „Wir sind von der uns aufgegebenen Verpflichtung überzeugt, in allen Fragen des politischen Lebens unseren Glauben nicht zu eli-

minieren und nach irgendwelchen säkularen Prinzipien Politik zu treiben, sondern ihn auch und gerade in der Praxis der politischen Tagesentscheidung zu bewähren.“

4. Schließlich bleibt es auch fortwährender Auftrag des Evangelischen Arbeitskreises, den Unionsgedanken, also die bewußte Zusammenarbeit evangelischer und katholischer Christen in einer Partei aus christlicher Verantwortung weiterzuentwickeln. Wir haben viel erreicht, fertig sind wir damit noch lange nicht.

Deshalb gilt auch weiterhin, was Propst Asmussen anläßlich der Gründungsveranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU in Schleswig-Holstein am 28. März 1953 in Rendsburg über die Möglichkeiten der Zusammenarbeit evangelischer und katholischer Christen in der Politik ausführte: „Es ist möglich und nötig, daß katholische und evangelische Christen gemeinsam Politik machen.“

Luthers Apfelbäumchen auch 1983!

Friedrich Menke

1483, vor fünfhundert Jahren ist Martin Luther geboren. Diese weltgeschichtlich bedeutende Gestalt wirkt noch stark in unsere Zeit. Und ihm verdanken wir viel, insbesondere die Verkündigung der Frohen Botschaft in taufischer, kräftiger deutscher Sprache. Ein Beispiel: Luther legte den 82. Psalm so aus: „Vom Frieden haben wir unseren Leib, Leben, Weib und Kind, Haus und Hof, ja alle Glieder, Hände, Füße, Augen und alle Gesundheit und Freiheit, und sitzen sicher in dieser Mauer des Friedens. Es ist wohl ein halbes Himmelreich, wo Friede ist. Der Friede kann Dir helfen, daß Dir ein Bissen trockenen Brotes wie Zucker schmeckt und ein Trunk Wasser wie Wein“. Das ist klar, anschaulich und eindringlich gesagt, und es ist wahr. Wer so wie Luther spricht, kennt die Geißeln der Menschheit aus Erfahrung: Seuchen, Hunger und Krieg. Unter uns leben noch viele,

die unter ihnen gelitten haben und Schlimmes nur ertragen konnten, weil ihr Glaube sie gestärkt hat; denn der christliche Glaube ist

Unsere Autoren:

Innenminister
Prof. Dr. Roman Herzog, MdL
Dorotheenstraße 6
7000 Stuttgart 1

Pfarrer Dr. Th. Lorenzmeier
Am Ziegelhofe 20
4902 Bad Salzuffeln 1

Dr. Friedrich Menke, MdBB
Koenenkampstraße 28
2800 Bremen

Dr. Gerhard Rödding, MdL
Strusen 35
4800 Bielefeld 16

keine Sache, die nur bei gutem Wetter gilt, vielmehr erweist er seine Stärke gerade in schweren Zeiten. Davon zeugt Luther selbst,

zeugen auch die Lieder Paul Gerhardts oder die Theologie Dietrich Bonhoeffers, denn kaum jemand hat den christlichen Willen zur Zukunft stärker ausgedrückt als Bonhoeffer. An der Schwelle zum neuen Jahr 1943 gab er sich Rechenschaft über seinen theologischen Weg, der ihn in den Widerstand gegen Hitler geführt hat und ihn am 9. April 1945 zum Märtyrer werden ließ. In dieser Schrift „Nach zehn Jahren“ sagt er:

„Optimismus ist in seinem Wesen keine Ansicht über die gegenwärtige Situation, sondern er ist eine Lebenskraft, eine Kraft der Hoffnung, wo andere resignierten, eine Kraft, den Kopf hochzuhalten, wenn alles fehlzuschlagen scheint, eine Kraft, Rückschläge zu ertragen, eine Kraft, die die Zukunft niemals dem Gegner läßt, sondern sie für sich in Anspruch nimmt. Es gibt gewiß auch einen dummen, feigen Optimismus, der verpöht werden

muß. Aber den Optimismus als Willen zur Zukunft soll niemand verächtlich machen, auch wenn er hundertmal irrt; er ist die Gesundheit des Lebens, die der Kranke nicht anstecken soll. Es gibt Menschen, die es für unernst, Christen, die es für unfromm halten, auf eine bessere irdische Zukunft zu hoffen und sich auf sie vorzubereiten. Sie glauben an das Chaos, die Unordnung, die Katastrophe als Sinn des gegenwärtigen Geschehens und entziehen sich in Resignation oder frommer Weltflucht der Verantwortung für das Weiterleben, für den neuen Aufbau, für die kommenden

Geschlechter. Mag sein, daß der jüngste Tag morgen anbricht, dann wollen wir gern die Arbeit für eine bessere Zukunft aus der Hand legen, vorher aber nicht.“

Luther hat diesen Gedanken bekanntlich so ausgedrückt: „Und wenn ich wüßte, daß die Welt morgen unterginge, würde ich dennoch heute ein Apfelbäumchen pflanzen.“ Wir tun gut daran, Martin Luther und Dietrich Bonhoeffer in dieser Haltung der mutig und frei machenden Zuversicht zu folgen. Der christliche Glaube befreit – auch zum politischen Tun, mithin dazu, die Dinge dieser Welt angemessen

und verantwortlich so zu ordnen, daß die wichtigen Güter des Menschen wie Leben, Gesundheit, Ehe, Eigentum, Recht und Freiheit geschützt, gefestigt und gefördert werden.

Aller begründeten Angst, allem unbegründeten Angstgerede zum Trotz: Es gilt auch heute, diese Schöpfung zu bewahren und die Zehn Gebote zu halten, mithin wie Luther die Apfelbäumchen zu pflanzen und zu hegen, will sagen, zuversichtlich und fleißig in dieser Welt zu arbeiten.

Brief von Bundesminister Geißler an die Zivildienstleistenden

Das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes hat innerhalb der Evangelischen Kirche ein teilweise sehr lebhaftes kritisches Echo gefunden. Von der „Ständigen Konferenz der Hauptamtlichen“ im Gemeindejugendwerk des Bundes Evangelisch Freikirchlicher Gemeinden (Baptisten und Brüdergemeinden) wird kritisiert, durch das Gesetz werde die Wahrnehmung des Grundrechts auf Wehrdienstverweigerung erschwert und zu einer „mit dem Grundgesetz unvereinbaren lästigen Alternative“ gemacht. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Gewissensprüfung grundsätzlich abzuschaffen und den Zivildienst um höchstens vier Monate gegenüber dem Wehrdienst zu verlängern. Nicht unerwartet, aber auffallend in ihrer Schärfe war die Stellungnahme von Pastor Ulrich Finckh, des Leiters der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer. Er stellte fest, durch das Gesetz werde die Gewissensprüfung nicht abgeschafft. Vielmehr werde die Regelung die Möglichkeit bieten, „die Ergebnisse der Gewissensprüfung durch Vorprüfung in einer weisungsgebenden Behörde leichter dem jeweiligen Bedarf von Bundeswehr und Zivildienst anzupassen“. Die Neuregelung stelle eine „Bestrafung für die Berufung auf die Menschenrechte dar“. Auch der Rat der EKD zeigte sich unzufrieden mit der neuen Gesetzgebung, die die Problematik der Gewissensprüfung nicht gänzlich behebe und dazu führe, „daß aus der Schlüsselprüfung ein schriftliches Verfahren werde“.

Sehr geehrter Zivildienstleistender,

am 16. Dezember 1982 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Kriegsdienstverweigerung und des Zivildienstes beschlossen. Das Gesetz ist Gegenstand eingehender Diskussion. Damit diese Diskussion nicht auf der Grundlage unzutreffender Annahmen über den Inhalt der Neuregelung geführt wird, informiere ich Sie darüber.

Ab 1. Januar 1984 entfällt für ungediente Wehrpflichtige die bisherige Form der Gewissensprüfung. Der Zivildienst wird von 16 auf 20 Monate verlängert. Der verlängerte Zivildienst ist künftig die Probe auf die Ernsthaftigkeit der Gewissensentscheidung.

Über Anträge von ungedienten Wehrpflichtigen, die vor der Einberufung zum Wehrdienst gestellt werden, entscheidet künftig das Bundesamt für Zivildienst. Voraussetzung für die Anerkennung ist ein Antrag, der folgendes umfaßt:

- eine persönliche, ausführliche Begründung,
- einen ausführlichen Lebenslauf und
- ein Führungszeugnis.

Den Inhalt der Neuregelung verdeutlichen die folgenden vier Beispiele:

1. Ein Antragsteller legt dar, daß ihm sein Gewissen jede Anwendung von Waffen gegenüber Menschen verbietet und begründet dies ausführlich aus seiner persönlichen Einstellung. In diesem Fall ist der Antragsteller allein aufgrund seines vollständigen Antrages anzuerkennen. Es kommt hier weder zu einer mündlichen Anhörung des Antragstellers noch zu Erkundigungen bei Dritten durch das Bundesamt. Das Bundesamt hat nämlich von der Wahrheit der Angaben des Antragstellers auszugehen. Dies gilt nur dann nicht, wenn sich aus seinen eigenen Darlegungen ergibt, daß sie nicht stimmen können (vgl. Beispiel Nr. 4).

2. Antragsteller verweigern den Kriegsdienst mit einer der folgenden Begründungen:

- „Ich will nicht in die Situation kommen, bei einer bewaffneten Auseinandersetzung auf Landsleute aus dem anderen Teil Deutschlands zu schießen“,
- „Die Streitkräfte verfügen heute über so schreckliche Waffen, daß ich an deren Einsatz nicht beteiligt sein möchte“,
- „Ich lehne diesen Staat ab und will ihn deshalb nicht verteidigen“,
- „Ich will einen sozialen Beruf ergreifen, deshalb will ich auch –

statt Wehrdienst zu leisten — eine soziale Tätigkeit im Zivildienst ausüben“.

Hier hat der Antragsteller nach seinen eigenen Angaben kein Recht zur Kriegsdienstverweigerung, weil nicht jede Anwendung von Waffen gegenüber Menschen abgelehnt wird. Das steht aufgrund der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts fest. Deshalb muß das Bundesamt den Antrag ablehnen.

3. Der Antragsteller reicht einen unvollständigen Antrag ein und vervollständigt ihn auch nicht innerhalb einer Frist von vier Wochen, nachdem ihn das Bundesamt dazu aufgefordert hat. In diesem Fall wird der Antrag vom Bundesamt abgelehnt.

4. Ein 20jähriger Antragsteller behauptet, er leite seit Jahren ständig neben seinem Beruf ehrenamtlich die Altenbetreuung in einer Großstadt. Das ist so unwahrscheinlich, daß sich jedem vernünftigen lebenserfahrenen Menschen Zweifel aufdrängen müssen. In einem solchen Fall gibt das Bundesamt dem Antragsteller Gelegenheit zu einer ergänzenden Äußerung und zur Vorlage von Belegen. Erkundigungen des Bundesamtes bei anderen Personen oder Stellen sind vom Gesetz ausdrücklich ausgeschlossen. Wenn diese Zweifel an äußeren Tatsachen vom Antragsteller nicht behoben werden können,

dann liegt die Entscheidung bei dem Ausschuß für Kriegsdienstverweigerung. Das gleiche gilt, wenn die vorgelegten Unterlagen tatsächliche Angaben enthalten, die mit der behaupteten Gewissensentscheidung nicht vereinbar erscheinen (z. B. Zugehörigkeit zu einer die Gewaltanwendung bejahenden politischen Organisation; Dienst in der Fremdenlegion; Vorstrafen wegen mehrfacher Gewalttätigkeit).

Der Ausschuß hat den Antragsteller ohne Anhörung und ohne weitere Ermittlungen anzuerkennen, wenn er der Auffassung ist, das Bundesamt hätte die Anerkennung aussprechen können. Anderenfalls entscheidet er in dem für Soldaten und gediente Wehrpflichtige weiter bestehenden Prüfungsverfahren.

Nun noch einige Worte zum Zivildienst:

Der Zivildienst wird in Zukunft um ein Drittel länger dauern als der Grundwehrdienst, also 20 Monate. Dies ist die verfassungsrechtliche Bedingung für die neue Regelung der Anerkennung. Das ergibt sich aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1978, wodurch das damalige Gesetz für verfassungswidrig erklärt worden ist. Die längere Dauer ersetzt in erster Linie die Wehrübungen, zu denen die Wehrdienstleistenden auch noch in späteren Jahren immer wieder herangezogen werden können,

sowie die Verfügungsbereitschaft. Sie ist darüber hinaus ein Ausgleich für die längere wöchentliche Dienstzeit und weitere sich aus dem militärischen Dienst ergebenden Belastungen der Soldaten.

Der Zivildienst wird weiterhin ganz überwiegend im sozialen Bereich in der bisherigen Form durchgeführt. Dabei sollen jedoch einige Tätigkeiten, die für den Zivildienst weniger geeignet erscheinen und das Bild des Zivildienstes in der Öffentlichkeit bisher oft verfälscht haben, stark eingeschränkt und Vorkehrungen für eine möglichst vollständige Besetzung der vorhandenen Zivildienstplätze getroffen werden. Zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden werden wir für eine ausreichende Zahl von Zivildienstplätzen sorgen. Das liegt auch im Interesse der Zivildienstleistenden, weil so bestehende Vorurteile am besten beseitigt werden können.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen, wie ich es auch am 16. Dezember 1982 vor dem Deutschen Bundestag getan habe, für Ihren in vielen Fällen schweren, aufopfernden Dienst den Dank und die Anerkennung der Bundesregierung aussprechen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Heiner Geißler

Aus unserer Arbeit

Der Württembergische Oberkirchenrat zum Artikel „Keine Krüppel auf die Kanzel“ (EV 12/82)

Bonn: In der Ausgabe 12/82 veröffentlichen wir einen Beitrag „Keine Krüppel auf die Kanzel“ von Hans R. Herbst. In diesem Beitrag erhob der Autor Vorwürfe gegen die württembergische Landeskirche, indem er schrieb:

„Christel Burkhardt aus Sindelfingen ist 28 Jahre alt und Tetraspastikerin. Mit viel Mühe hat sie im zweiten Bildungsweg Religionspädagogik studiert und sieht ihre Lebensaufgabe darin, als Katechetin im Schulunterricht zu wirken. Doch während der Ausbildung ging es Christel Burkhardt gesundheitlich nicht immer gut. Sie fehlte ein paar-

mal im schulischen Anerkennungsjahr. Für den Oberkirchenrat von Württemberg resultierte daraus, daß Christel Burkhardt für den Beruf der Katechetin nicht geeignet sei. Gerne würde Christel Burkhardt ihr gesundheitliches Manko ausgleichen und das Anerkennungsjahr wiederholen. Doch der Oberkirchenrat beharrt auf seinem Nein. Sie soll nicht Katechetin werden“.

Mit Schreiben vom 31. Januar 1983 teilte uns der Evangelische Oberkirchenrat der württembergischen Landeskirche mit, daß diese Darstellung nicht den Tatsachen entspreche. Wir informieren unsere Leser deshalb nachfolgend auch über die Sicht der Evangelischen Landeskirche von Württemberg.

„Es ist dazu folgendes anzumerken: Frau Christel Burkhardt hat Religions-

pädagogik studiert, jedoch den 1. Kirchlichen Ausbildungsabschluß nach den von Kirche und Staat vereinbarten Kriterien nicht erreicht.

Ein für einen begrenzten Tätigkeitsbereich vorgesehenes Anerkennungsjahr wurde bei ihr auf den Zeitraum von vier Schuljahren ausgedehnt (1. 8. 1978 bis 30. 6. 1982). Zu der Feststellung, daß sie nur ein paar mal fehlte ist anzumerken, daß sie in den Schuljahren 1978/79 135, 1979/80 128, 1980/81 78 und 1981/82 70 Tage fehlte. (Das Schuljahr hat durchschnittlich 240 Unterrichtstage.)

Daß Frau Burkhardt „für den Beruf der Katechetin nicht geeignet sei“, ist in der fehlenden Qualifikation begründet und nicht durch die Behinderung.“

Zur Diskussion gestellt:

Thesen zur „Erklärung“ des Moderamens des Reformierten Bundes

Pfarrer Dr. Th. Lorenzmeier

Am 20. Januar 1983 nahmen in der Sendereihe „Kennzeichen D“ des Zweiten Deutschen Fernsehens Mitglieder der Reformierten Kirche kritisch Stellung zu der „Erklärung“ des Moderamens des Reformierten Bundes. Der Stellungnahme lagen Thesen zugrunde, die unsere Leser einladen, sich an der Diskussion zu beteiligen.

I. Zu den theologischen Aussagen – eine theologische Antwort

1. Zum Glaubensbekenntnis

In der „Erklärung“ maßen sich die Verfasser an, ihre politische Meinung als das Bekenntnis des Glaubens auszugeben und also andere politische Meinungen als Ausdruck des Unglaubens zu diffamieren.

Ich meine: Eine politische Meinung als christliches Glaubensbekenntnis auszugeben – dem ist um des christlichen Glaubens willen entschieden zu widerstehen.

2. Zum Auftrag der Kirche

Aufgabe der Kirche ist es, das Evangelium Jesu Christi zu verkündigen. Als Botschaft des Heils will es allen Menschen den Frieden Gottes vermitteln, aber keine aktuelle und konkrete politische Anweisung für die Durchführung von Friedenspolitik geben.

Ich meine: Die Frage, wie Friedenspolitik am besten zu verwirk-

lichen sei, ist keine Frage der Theologie oder des Glaubens, sondern eine Frage der politischen Vernunft.

II. Zu den politischen Aussagen – eine politische Antwort

1. Zur Frage einer einseitigen Abrüstung

Ich meine: Eine einseitige Abrüstung, die eine militärische Unterlegenheit zur Folge haben würde, macht unseren Staat politisch erpreßbar und gefährdet unsere demokratische Freiheit. Sie dient nicht dem Frieden, sondern sie gefährdet ihn, da sie einen Krieg eher ermöglichen kann, den der Gegner kraft seiner waffentechnischen Überlegenheit ziemlich risikolos führen könnte.

2. Zur Frage der Atomwaffen

Ich meine: Es ist nicht damit getan, daß wir Atomwaffen ablehnen. Das Problem ist, wie sie aus der Welt geschafft werden können – und zwar im Westen und im Osten. Solange sie in der Welt vorhanden sind, bleibt unsere Welt direkt atomar gefährdet. Sie bleibt ohnehin atomar gefährdet, da das Wissen zur Herstellung von Atomwaffen nicht aus der Welt geschafft werden kann. Wir müssen es darum lernen, mit der atomaren Gefahr zu leben,

ohne daß es zu einer Katastrophe kommt.

Ein einseitiger Verzicht auf Atomwaffen kann einen Krieg eher ermöglichen, da er für den Gegner ziemlich risikolos wäre.

3. Zum Staatsverständnis

In der „Erklärung“ wird unser Staat, da er das westliche Verteidigungsbündnis mit seiner atomaren Bewaffnung bejaht, als eine „widergöttliche Gewalt“ bezeichnet.

Ich meine: Faktisch ist das eine Ablehnung unseres Staates, seiner demokratischen, sozialen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Verfassung und der daraus sich ergebenden Staatsform und Staatsgewalt.

4. Zur Aufgabe von uns Christen als Bürger unseres Staates

Ich meine: Unsere Aufgabe als Bürger unseres Staates ist es, dafür zu sorgen, daß die Verfassung unseres Staates in Geltung bleibt und in einer ihr entsprechenden Innen- und Außenpolitik wahrgenommen wird.

Unsere Aufgabe ist es, die Politiker unseres Staates in ihrem Bemühen zu stärken, eine verantwortliche Friedenspolitik zu betreiben, die bestrebt ist, eine Abrüstung bzw. Begrenzung der Rüstung im Westen und im Osten zu erreichen und zugleich Frieden und Freiheit zu wahren.

Martin Luther

Gerhard Rödding

Die Geschichtsschreiber haben gefunden, daß mit Martin Luther eine Epoche der europäischen Geschichte abgeschlossen worden sei und eine neue begonnen habe. Das Mittelalter sei zu Ende gegangen und ihren Anfang genommen habe

die Spanne, die wir heute die Neuzeit nennen.

Wenn man es um der deutlicheren Übersicht willen, und weil's die Kinder besser behalten, für richtig hält, die Geschichte in solche Abschnitte einzuteilen, dann ist an

dieser These durchaus Wahres zu finden. Luther war es schließlich, der den Staat in Glaubenssachen für unzuständig erklärte und die Obrigkeit aus der geistlichen Gewalt löste. Und wenn auch die neue Kirche, die ungewollt unter seinen Händen entstand, mehr als irgendwann in der Geschichte unter die Herrschaft der Fürsten und Könige geriet, so war dieser Schritt doch der erste in Richtung auf den säkularen Staat, wie wir ihn heute ken-

Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, MdL; Bundesminister Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Abrecht Martin, MdL • Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

EAK der CDU/CSU • Friedrich-Ebert-Allee 73-75 • 5300 Bonn
Postvertriebsstück • F 5931 EX • Gebühr bezahlt

nen. Und wenn jeder Gläubige von ihm aufgefordert wurde, die Heilige Schrift selbständig zu studieren und seinen Glauben nicht an überlieferte Autoritäten zu binden, dann zeigt der Wegweiser auf eine freie Wissenschaft, die Grundlage unserer heutigen Industriegesellschaft. Und dann machte er die öffentlichen Institutionen für Schule und Bildung verantwortlich, eine notwendige Folge jener unseligen Tat, Klöster und deren Schulen aufzuheben und eine große Lücke entstehen zu lassen. Aber der ehemalige Klosterbruder hatte kein unbefangenes Urteil über die Mönche und deren Verdienste für Bildung und Wissenschaft. Zu sehr hatte er sich gequält mit Regeln und Riten, so daß er die geschichtliche Bedeutung der frommen Kongregationen nicht sehen konnte. Nun sollten's Fürsten und Ratsherren besser machen. Das schien ein Schritt nach vorn zu sein.

Ob sie's nun wirklich besser gemacht haben, mag heute mancher bezweifeln. Es gibt sogar einige, die gehen noch viel weiter und halten die ganze Neuzeit für eine einzige Verfehlung; denn - so sagen sie - Technik und Wissenschaft seien Begriffe, die Welt zu zerstören, und Industrialismus und Fortschritt beruhten auf jenen falschen geistigen Grundlagen, die damals gelegt worden seien. Und schon hört man den einen oder anderen, der Luther als den vermeintlichen Schöpfer der Neuzeit auch für deren Probleme am Ende verantwortlicht macht.

Ist das so richtig gedacht? Gewiß, wir werden Martin Luther nicht preisen als den fortschrittlichen deutschen Helden, wie man es in den Reformationsgedächtnisfeiern des 19. Jahrhunderts tat. Auch bei ihm finden sich Licht und Schatten zugleich. Und Fehler hat er mehr als andere gemacht, weil er über-

haupt mehr als andere tat. Seine Schwächen sind leicht zu finden und aufzuzählen. Am Ende seines Lebens, als ein resignativer Zug in sein Denken kam, hat er selbst manchen Fehler zugestanden und sogar Zweifel gehabt, ob er überhaupt den richtigen Weg gegangen sei.

Vor allem war er ein Kind seiner Zeit. Vieles, was er tat, lag ohnehin in der Luft. Aber es heftete sich an seine starke Persönlichkeit und bekam dadurch Dynamik und Kraft. Das gilt für alles, was von Kirche und Obrigkeit, Schule und Wissenschaft, Religion und Autorität zu sagen ist. Aber die Neuzeit wäre auch ohne ihn gekommen; denn Humanismus und Renaissance hatten die Grundlagen längst gelegt.

Aber warum blickten in Deutschland zwischen 1517 und 1546 alle auf ihn? Was war das Besondere, das wirklich Neue? - Das hatte er freilich bereits entdeckt, als er noch ein unbekannter Augustinermönch war und seine Arbeit hinter Klostermauern tat, und er hatte es in der Frische seines klösterlich geschulten Geistes zu formulieren vermocht, so daß man's in Deutschland bald hören konnte. Wir kennen die damaligen Worte: Nicht Bemühen und Anstrengung stimmten Gott gnädig, sondern Gott sei die Gnade selbst, und er rechtfertige den Menschen auch ohne dessen Verdienst.

Da könne nun einer mit geistlichen Übungen und frommen Werken kommen, wie er wolle, der größte Sünder stehe Gott genauso nahe; denn Gottes Zuwendung gelte allen in gleicher Weise. Darum sei die quälende Frage, ob man für Gott genug getan habe, null und nichtig. Es gehe nur darum, Gottes Gnade im festen Vertrauen anzunehmen und seine Zuversicht auf diesen Glauben zu setzen.

Das war's, was Luther wiedergefunden hatte in der Bibel und auch beim Heiligen Augustin, in dessen Orden er schließlich eingetreten war und wo er alles im Inneren bewegt und meditiert hatte, bis er es in öffentlichen Thesen und Schriften bekannt machte.

Wir wissen, welch eine Woge geistiger Bewegung damals durch Deutschland ging und daß viele eine Antwort suchten auf die Fragen der Zeit. In deren Turbulenzen fanden die einen durch Luthers Entdeckung Trost und Glaubenszuversicht, die anderen in der entstandenen Verwirrung Vorteil und Geschäft. Die einen fühlten sich befreit von innerem Druck und gingen mit Mut an die Gestaltung einer neuen Zukunft, die anderen steckten sich das Kirchengut in die Tasche und dachten an die Vermehrung ihrer Macht. So zwiespältig ist in der Geschichte ein und dasselbe.

Das alles sehen wir nach fünfhundert Jahren. Aber sagt uns Martin Luther heute noch etwas? Gibt er uns auch in unserer Zeit eine Antwort? Doch - denn sonst könnten wir auf sein Gedächtnis verzichten. Nur die alten Worte müssen heute umgeformt werden: Daß wir den Sinn unseres Lebens niemals finden in hektischem Tun und rastlosem Schaffen, daß des Menschen Werk durch Gottes Gnade begrenzt ist und daß wir, wenn es um das letzte Urteil über uns geht, nicht die Folgen unseres Tuns - auch nicht die negativen der Neuzeit - zu fürchten haben, sondern daß der Weg der Geschichte in Gottes Gnade endet, das ist auch heute eine tragfähige Antwort. Da mag nun die Neuzeit zu Ende gehen, an deren Entstehen Martin Luther so großen Anteil hatte. Es bleibt sein Hinweis auf Gottes freie Gnade, die über den Zeiten steht.